

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortverkehr Dönhof (A7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhof 3666-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- und 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. ^{15 Pf.} Nr 375

DIENSTAG, 8. AUGUST 1933

MORGEN-AUSGABE

Demarchen in Berlin

Einmischungsversuche zurückgewiesen

Der französische Botschafter hat heute vormittag im Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf den Viermächtepakt zur Sprache gebracht, daß nach Auffassung der französischen Regierung die deutsche Propaganda mit Bezug auf Österreich in gewissem in der letzten Zeit vorgenommenen Fällen mit den bestehenden vertraglichen Bindungen nicht vereinbar sei.

Dem Botschafter wurde erwidert, daß der Reichsregierung eine Anwendung des Viermächtepakt in dieser Form nicht angeht, er könne, daß auf deutsche Seite Vertragsverhältnisse irgendwelcher Art nicht vorliegen und daß Deutschland behauptet die Einmischung in die deutsch-österreichische Auseinandersetzung nicht für zulässig halte.

Der englische Gesandtschaftsrat, der nachmittags in der gleichen Angelegenheit vor sprach, erhielt denselben Befcheid.

*

Der Schritt des französischen Botschafters in Berlin, dem sich ein ähnlicher Schritt des englischen Botschafters angeschlossen hat, weicht wesentlich von den Antifindungen ab, die in der englischen und französischen Presse im Laufe der letzten Woche zu lesen waren. Es ist für die Beurteilung des ganzen Vorganges mit in Betracht zu ziehen, daß in Paris wie in London nicht die Minister, die sich in Urlaub befinden, sondern die *Secretaires* der Auswärtigen Ämter verantwortlich für diesen Schritt getreten sind. Sie haben vielleicht stärker unter dem Druck der öffentlichen Meinung und unter dem Druck der Festlegung durch die Presse gestanden, als es bei den Ministern der Fall gewesen wäre. Ebenfalls hat man nach der großen Antifindung in der Berliner und Londoner Presse den Eindruck, daß im Laufe der diplomatischen Verhandlungen, die vorausgegangen sind, die ganze Aktion eine erhebliche Einschränkung zu erfahren hat. Es handelt sich nicht mehr um

eine gemeinsame Intervention, um die ursprünglich angeordnete große Protestaktion, die sich auf frühere Verträge stützen sollte, sondern um einen „*grand-failliten Schritt*“ auf Grund des Viermächtepakt.

Wenn die Antifindungen der ausländischen Presse davon sprächen, daß gegen die deutsche Regierung Antifinden wegen der Verletzung irgendwelcher Abmachungen gerichtet werden sollten, so haben offenbar die zuständigen Stellen in Paris und London inzwischen erkannt, daß solche Antifinden nicht möglich sind. Gerade deshalb hat aber auch die Antwort auf den französischen und auf den anschließenden englischen Schritt zu ausfallen können, wie sie in der amtlichen Mitteilung angegeben ist, mit dem Hinweis darauf, daß der Viermächtepakt für Aktionen solcher Art nicht die geeignete Grundlage bietet. Diese Antwort ist in Berlin von Staatsratsrat von Bülow gegeben worden, da ebenso wie in Frankreich und England auch in Deutschland der Außenminister sich zur Zeit in Urlaub befindet.

Man kann die Auslegung des Viermächtepakt, die dabei in Betracht kommt, lo charakteristischer, daß nach der Einleitungsformel *alle gemeinsamen Interessen* der vier Unterzeichnerstaaten freundschaftlich erweitert werden sollen, daß aber nirgends vorgesehen ist, Angelegenheiten zwischen einem der Unterzeichner und einer dritten Macht zum Gegenstand einer Antifindung zu machen. Wenn sich die italienische Regierung entgegen den Antifindungen gegen Paris und London aus der ganzen Angelegenheit herausgehalten hat, so offenbar, weil in Rom die gleiche Auffassung vom Viermächtepakt besteht, wie sie in dieser Charakterisierung ausgesprochen ist.

Man neigt schließlich in politischen Kreisen zu der Auffassung, daß mit der heutigen mündlichen Mitteilung der Botschafter Frankreichs und Englands die ganze Diskussion als abgeschlossen zu betrachten ist.

Die drei Wellen

Der Reichsanwalt hat auf der Führertagung auf dem Oberfalberg bei Berchtesgaden von drei großen Wellen in dem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit gesprochen. Die erste Welle umfasse den Wirtschaft, in dem wir jetzt stehen. Die zweite Welle, die vom September an beginnen soll, habe das Ziel, „wie im Sommer erzielten Erfolge zohlenmäßig im Winter mindestens zu halten“. Die dritte Welle soll im nächsten Frühjahr beginnen und die Arbeitslosigkeit weiter zurückdrängen. Der Reichsanwalt hat feiner Ueberlegung dahin Ausdruck verliehen, daß ein einseitiger Erfolg gegen die Gefahr der Arbeitslosigkeit, sobald der nächsten Winter zu verzeichnen sein werde, als ein Programm in Umrissen. Mehr als das. Es ist die Konzentrierung der Regierungstätigkeit für die ersten Etappen des großen Werkes, das mit der Rede des Reichsanwalters am 1. Mai angekindigt und mit dem Beschluß über die Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni in Angriff genommen wurde.

13 378 000 Beschäftigte mehrde oder ein paar Tausend die Krantentassen-Statistik für Ende Juni. 11 487 000 Deutsche waren Ende Januar dieses Jahres beschäftigt und 12 779 000 Ende Juni des Vorjahres. Die Zahl der in den Krantentassen verzeichneten Beschäftigten hat also in diesem Jahre um 1,9 Millionen bis Ende Juni zugenommen. Im Vorjahre betrug die Zunahme der Beschäftigung in der gleichen Zeit nur 900 000. Der Unterschied von 1,2 Millionen, das ist ein für alle Fälle ein hinwunderbarer Erfolg, der in der ersten Gruppe durch das Zusammenwirken von Arbeitsbeschaffung und Konjunkturbelebung erreicht worden ist.

Was in der „ersten Welle“ weiter erreicht werden kann, hängt davon ab, wie lang sie anhalten wird. Die Erfahrung zeigt nicht aus, um wieviel mehr als Beurlaubungen führen zu können. Wir wissen zwar ungefähr, wie die „normale“ Rhythmus der Stellen abläuft. Tiefpunkt Mitte bis Ende Februar, allmähliches Ansteigen im Sommer, Umbau der Kurve der Beschäftigung im September. Die Witterung und manche anderen Faktoren können die Kurve dehnen oder vertiefen. Im Gesamtverlauf bleibt der normale Rhythmus immer erkennbar. Aber er wird überlagert von anderen Bewegungen, am auffälligsten von der Bewegung der Konjunktur. Die letzten Jahre zeigten das sehr deutlich. 1929 wurde schon sichtbar, daß der winterliche Tiefpunkt der Beschäftigung zu wandern anfing. Er rückte wieder in das Frühjahr hinein, und der Höhepunkt im Herbst trat vor in den Sommer. Was eine einfache Ueberlegung ergibt, war so bestätigt: die Saison-Einstellung in der Depression ist in der Regel kleiner und kürzer; die Saison-Belastung im Winter wird schwerer und länger. Im Aufschwung ist es umgekehrt.

Den Beweis für die Nichtigkeit der Regel lieferte das vorige Jahr. Damals wies die Arbeitslosenkurve zum ersten Male seit vier Jahren eine auffallende Veränderung auf. Sie hatte sich verflacht. Es wies nur noch einen zu einer Zeit, als sie im Jahre vorher bereits wieder nach oben lief. Das Bild wurde unbestimmter dadurch, daß sich durch die bekannten Rotverordnungsmaßnahmen die statistischen Grundlagen verändert hatten und die Siffern der Arbeitsämter der Bewegung am Arbeitsmarkt nicht mehr zuverlässig parallel liefen. Das Gesamtbild war dadurch, wie man später feststellen konnte, nicht beeinträchtigt. Der veränderte Verlauf der Arbeitslosenkurve war, mit den übrigen Indizes der Konjunktur zusammen, ein kennzeichnender Ausdruck der veränderten konjunkturellen Tendenz.

Was für Ende 1932 galt, trifft für 1933 in veränderten Maße zu. Die feine konjunkturelle Belebung hat sich fortgesetzt. Die Arbeitslosenkurve ist verflacht in dem Maße, wie in der Statistik sich nicht eintrouert. Bei gleichmäßiger Fortwirkung dieser Faktoren muß also nach menschlichem Ermessen die saisonale Welle in diesem Jahre länger und wirren als 1931 und wahrscheinlich auch 1932. Aber eines Tages wird auch in diesem Jahre der Punkt erreicht sein, an dem der Abbruch der Saison-Bewegung normalerweise alle anderen Bewegungen überlagern würde. Das Ziel muß sein und das ist die entscheidende Bedeutung der „ersten Welle“ in diesem Moment möglichst weit hinauszuführen.

Unter diesen Gesichtspunkt muß ein Wort über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesagt werden, die jetzt im ganzen Reich von vielen lokalen Erzeugern in Gang gesetzt worden sind. Es ist tatsächlich so, daß die Gefahr der Arbeitsbeschaffung auch das letzte Dorf erreicht hat. Ueberall wird lieberhaft daran gearbeitet, neue Möglichkeiten aufzuspüren. Es werden aufgegriffen, und sie werden weitergenommen. Erlauntes ist auf diese Weise geschehen worden. Mehr noch wird erreicht werden können und erreicht werden. Es kommt darauf an, über den Plan für neue Möglich-

Vorläufige keine Romreise Dollfuß

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 7. AUGUST

Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat sich nach Ägypten begeben, wo er sich über die politischen Verhältnisse informieren wird. Ein offizielles Ständebüro meldet, es werde von der Romreise nicht vor dem nächsten Ministerrat die Rede sein, und dieser findet erst am 15. August statt, in ihr werde u. a. der Minister für Verfassungsreform, Dr. Ende, einen Bericht erstatten.

NSDAP gegen unbefugte Eingriffe in die Wirtschaft

Die NSDAP veröffentlichte eine Verfügung des Führers der NSDAP, die folgenbermaßen lautet:

„Gemäß den Anweisungen des Führers hat die NSDAP in den letzten Jahren in keinem bekannten Umfange an die Reichswirtschaft eingegriffen.“

1. daß unbefugte Eingriffe in die Wirtschaft zu unterlassen sind und daß Beschäftigten keine unbefugte und unberechtigte Vorgehen gegen einzelne Personen unbedingt zu unterlassen hat.

2. daß keinesfalls Instanzen der Partei bzw. ihre Unterorganisationen sich Regierungsabfertigungen anmaßen dürfen.

Erwähnenswert ist hierauf hin, daß auch die Parteimitglieder in Zukunft sich fernhalten von den Zusammenkünften vorgehen wird. Jede Dienstleistung hat sich unbedingt auf die ihm vom Führer zugewiesenen ordnungsgemäßen Aufgaben zu beschränken.

Es hohe Anweisung gegeben, in Zukunft genau zu prüfen, ob eingehende Befehle werden begründet sind. Wenn nicht, werde ich sofort Beauftragte an Ort und Stelle entziehen.“

In einer weiteren Anordnung verordnet der Stellvertreter Führers „allen Angehörigen, Dienststellen und Einrichtungen der Partei das Sammeln von Geldbeträgen bei allen Unternehmungen und Verbänden der Wirtschaft, die sich an der „Wolff, Hitler“-Spende der deutschen Wirtschaft beteiligen.“ Alle

öffentlichen oder beruflichen Einzelabmachungen der Dienststellen und Einrichtungen der Partei mit den für eine Beteiligung an der Spende in Frage kommenden Unternehmungen und Verbänden der Wirtschaft verlieren ihre Gültigkeit. Neue Abmachungen, die die Firmen oder Verbände der Wirtschaft von einer Beteiligung an der Spende abhalten könnten, sind verboten. Ebenso sind Eingriffe oder Maßnahmen hinsichtlich der Durchführung der Spende untersagt.“

Göring bei Hitler

BERCHTESGADEN, 7. AUGUST

Der preussische Ministerpräsident Göring ist auf dem Oberfalberg zu Beförderungen mit dem Reichsanwalt eingetroffen.

Empfänge in Berchtesgaden

Reichsanwalt Adolf Hitler empfing heute in Berchtesgaden den Generalintendanten für den Straßenbau Dr. Zolt, zum Vortrag. Es wurden dabei einige neue Pläne vorgelegt, die im Zuge des großen Straßenbauprogramms fertiggestellt worden sind. Am Nachmittag empfing der Reichsanwalt Botschafter Rabonin zur Befragung von außenpolitischen Fragen. Weiter wurden u. a. die Empfindungen der preussischen Ratsminister auf, der Staatssekretär im Reichspostministerium Ohnesorge und Staatsrat Dr. Lamers.

Die Staatssekretäre sind Mitglieder des Preussischen Staatsrats

Das preussische Staatsministerium hat eine Anordnung des Oblegen über den Staatsrat beschlossen. Die wichtigste Änderung geht dahin, daß dem preussischen Staatsrat fünf Anwesende außer dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern auch die Staatssekretäre angehören. Weiter bestimmt der neue Gesetz 8, daß die übrigen Mitglieder des Staatsrates vom Ministerpräsidenten ernannt werden. In der bisherigen Fassung des Staatsratsgesetzes war die Zahl 50 genannt; in der neuen Fassung ist sie nicht vorhanden.